



Eberhard Gienger: Berlin Aktuell

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in dieser Woche hat sich im Bundestag alles um den Haushalt und damit auch die Vorhaben der einzelnen Ministerien für das kommende Jahr gedreht.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen und bleiben Sie gesund!

Sportförderung:

Das Gesamtfördervolumen im Bereich der Sportförderung wird im Jahr 2020 voraussichtlich auf 649.415 TEuro ansteigen.

Die erheblichen Aufwüchse im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren ergeben sich v.a. durch die beiden „Sportinfrastrukturprojekte“ (120 Mio €), wie auch durch die „Corona-Überbrückungshilfe für Profisportvereine“ (200 Mio. Euro). Da sich der Programmtitel mit Bezug zur Sportstättenförderung im Jahr 2021 nahezu verdoppeln wird (288.700 TEuro) steigt der BMI-Haushaltsansatz für den Sport auf voraussichtlich insgesamt 628.503 TEuro

Bildungsförderung:

20,24 Milliarden Euro sollen Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) für 2021 zur Verfügung stehen. Für die Leistungsfähigkeit des Bildungswesens und die Nachwuchsförderung sind 4,81 Milliarden Euro vorgesehen (2020: 5,37 Milliarden Euro). Die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) machen dabei 2,14 Milliarden Euro aus (2020: 2,28 Milliarden Euro). Für „Darlehen als Soforthilfe für Studierende in pandemiebedingten Notlagen“ sollen 17,37 Millionen Euro bereitstehen.

Sondervermögen Ganztagschule

Für die Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung will Ministerin Karliczek 635,1 Millionen Euro bereitstellen (2020: 435,91 Millionen Euro), für die Stärkung des Lernens im Lebenslauf 828,31 Millionen Euro (2020: 1,59 Milliarden Euro). Dem Sondervermögen „Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grund-

schulalter“ sollen 500 Millionen Euro – wie im Vorjahr – zur Verfügung stehen.

Mit 7,46 Milliarden Euro will die Regierung die Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems stärken (2020: 7,04 Milliarden Euro). Davon entfallen 1,88 Milliarden Euro auf den Hochschulpakt (2020: 1,74 Milliarden Euro). 400 Millionen Euro (2020: 400 Millionen Euro) sind für die Exzellenzstrategie zur Förderung von Spitzenforschung an Universitäten eingeplant und 106,54 Millionen Euro (2020: 107,52 Millionen Euro) für die Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses. (hau/01.10.2020)

Klimafreundliche Mobilität durch Investitionen voranbringen

Mobilität ist unverzichtbarer Teil des täglichen Lebens. Verkehr ist jedoch auch einer der größten Verursacher von Treibhausgasen in Deutschland. Der Verkehrssektor muss deshalb einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion der CO₂-Emissionen leisten. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, setzen wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf Investitionen zur Stärkung des Klimaschutzes im Mobilitätssektor. Der Verkehrsetat ist mit Abstand der größte Investitionshaushalt des Bundes. Die klassische Verkehrsinvestitionslinie der Bereiche Straße, Schiene und Wasserstraße steigt von 17,2 Mrd. Euro im Jahr 2020 auf insgesamt rund 18,6 Mrd. Euro in 2021 (2022 werden es rund 18 Mrd. Euro, 2023 rund 18,2 Mrd. Euro und 2024 rund 18,3 Mrd. Euro sein). Zum Vergleich: Im Jahr 2009 lag die Investitionslinie lediglich bei 9 Mrd. Euro.

Mit der Verdoppelung der Investitionslinie im Verkehrsbereich zeigen wir, wie aktiver Klimaschutz funktioniert. Mit den genannten Mitteln setzen wir die Beschlüsse des Konjunktur- und Zukunftspakets und des Klimaschutzprogramms 2030 um und fördern besonders die klimafreundliche Mobi-

lität. Ein besonderer Schwerpunkt des Verkehrsetats liegt auf der Stärkung und der Digitalisierung der Schiene. So werden für das „Schnellläuferprogramm Digitale Schiene“ 400 Mio. Euro im Jahr 2021 bereitgestellt (2020 bereits 100 Mio. Euro). Mit dem Bundesprogramm „Zukunft Schienengüterverkehr“ soll die Wettbewerbsfähigkeit des Güterverkehrs auf der Schiene nachhaltig gestärkt werden. Deshalb investieren wir auch in den Ausbau, die Errichtung und die Reaktivierung von Gleisanschlüssen.

Mit 120 Mio. Euro für die Fortsetzung des „Sofortprogramm zur Attraktivitätssteigerung von Bahnhöfen“ unterstützen wir örtliche Handwerksbetriebe, darunter auch zahlreiche in Baden-Württemberg, und beschleunigen gleichzeitig die Fertigstellung attraktiverer und barrierefreier Bahnhöfe. All diese Maßnahmen sollen einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung bis zum Jahr 2030 leisten und mehr Menschen auf die Schiene bringen. Wir fördern außerdem die verkehrsträgerübergreifende Entwicklung alternativer Antriebe und Kraftstoffe, beispielsweise die Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie, und bauen die Lade- und Tankinfrastruktur maßgeblich aus. Zudem investieren wir in künstliche Intelligenz, um durch vernetztes und autonomes Fahren emissionsärmere und effizientere Verkehrssysteme zu schaffen. Um den Öffentlichen Personennahverkehr attraktiver zu gestalten, schießt der Bund ab 2021 jährlich eine Milliarde Euro an Länder und Kommunen zu. Mit diesem ambitionierten und umfangreichen Verkehrsetat zeigen wir, dass wir klimafreundliche Mobilität durch Investitionen voranbringen und Klimaschutz aktiv gestalten.

Gutes Zeichen: Agrar-Etat auf Rekordniveau

Der Haushaltsentwurf für den Bereich Landwirtschaft für das Jahr 2021 kann

sich sehen lassen. Mit knapp 7,7 Mrd. Euro ist er auf Rekordniveau, das sind rund 9% mehr als im Vorjahr. Das ist ein positives Zeichen - aber unsere Landwirtinnen und Landwirte können davon jeden Cent gebrauchen. Der Klimawandel mit teilweise extremer Trockenheit macht besonders den Forst- und Ackerbauern enorm zu schaffen, die gesellschaftlichen Anforderungen an die Tierhaltung sind gestiegen und Corona sitzt auch der deutschen Landwirtschaft in den Knochen.

Konkret heißt das: Für die Verbesserung des Tierwohls und die damit verbundenen Stallumbauten sind für das Jahr 2021 rund 200 Mio. Euro veranschlagt, insgesamt beläuft sich die Förderung dann auf 300 Mio. Euro. Der von Extremwetterereignissen und besonders den drei Trockenjahren geschädigte Wald soll nächstes Jahr 470 Mio. Euro bekommen, die in den nachhaltigen Waldumbau, die Förderung des klimafreundlichen Bauens mit Holz und das Investitionsprogramm Wald und Holz fließen. Auch hier belaufen sich die gesamten finanziellen Waldhilfen auf insgesamt 700 Mio. Euro. Die durch die neue Düngeverordnung notwendigen Anpassungsprozesse in der Landwirtschaft werden mit 250 Mio. Euro begleitet. Der Schwerpunkt des Haushalts 2021 liegt aber weiterhin auf der Förderung der agrarsozialen Sicherungssysteme mit 4.2 Mrd. Euro. Für uns Politiker heißt es jetzt diesen Rückenwind zu nutzen um die Bauernschaft zu stärken und die Land- und Forstwirtschaft fit für die Zukunft zu machen. Besonders den Strukturwandel müssen wir bremsen um eine flächendeckende Landwirtschaft zu erhalten! Aber nicht nur wir Politiker müssen unsere Bäuerinnen und Bauern unterstützen, auch der Handel spielt hier eine wichtige Rolle, die verarbeitende Industrie und besonders wir alle als Verbraucher. Regionalität, Saisonalität und Qualität sollten unsere Entscheidungen beim Einkauf bestimmen, nicht ausschließlich der Preis!“

Zwischenbericht zur Endlagersuche

Am Montag dieser Woche hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ihren „Zwischenbericht Teilgebiete“ veröffentlicht. Darin werden alle Gebiete in Deutschland auf-

geführt, die nach ausschließlich geologischen Kriterien für weitergehende Untersuchungen zur Errichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle in Frage kommen. In diesem frühen Schritt wurden Gebiete vom Suchverfahren ausgeschlossen, die für ein Endlager von vornherein ausgeschlossen sind – weil die geologischen Voraussetzungen nicht stimmen oder weil etwa Erdbebengefahr besteht. Durch weitere Untersuchungen werden in den kommenden Jahren schrittweise immer mehr Gebiete ausgeschlossen, bis schließlich im Jahr 2031 eine Entscheidung für ein Endlager fallen soll.

Die Veröffentlichung stellt einen der ersten Schritte eines langen Auswahlverfahrens dar. Entsprechend hoch ist auch noch die Zahl der möglichen Teilgebiete. Insgesamt weist der Bericht 90 Teilgebiete aus, die insgesamt 54 Prozent der deutschen Landfläche ausmachen und in Baden-Württemberg 39 von 44 Landkreisen betreffen. Der Bericht und eine interaktive Karte sind unter <https://www.bge.de/>



DIE CORONA-WARN-APP:
**UNTERSTÜTZT UNS IM
KAMPF GEGEN CORONA.**
Jetzt die Corona-Warn-App herunterladen
und Corona gemeinsam bekämpfen.

[de/](https://www.bge.de/)
[endlager-](https://www.bge.de/)
[suche/](https://www.bge.de/)
[zwischen-](https://www.bge.de/)
[bericht-](https://www.bge.de/)
[teilgebiete-](https://www.bge.de/)
[abruf-](https://www.bge.de/)

bar.

Die weiteren Schritte sehen vor, dass die Öffentlichkeit durch eine digitale „Fachkonferenz Teilgebiete“ beteiligt wird. Dafür ist eine Anmeldung auf der Webseite der BGE möglich. Die Sitzungen sollen an mehreren Tagen bis Juni 2021 stattfinden. Parallel dazu geht die Auswertung der Daten durch die zuständigen Behörden weiter. Darauf aufbauend sowie nach den ersten vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen und gegebenenfalls einer Anwendung planungswissenschaftlicher Abwägungskriterien wird die BGE einen Vorschlag für Standortregionen erarbeiten, die übertägig erkundet werden sollen. Erst in einem darauffolgenden Schritt erfolgt dann auch eine untertägige Erkundung an wenigen Standorten. In die weitere Bewertung werden alle vorhandenen Erkenntnisse einfließen. Dabei müssen auch alle Faktoren einbezogen

werden, die aufgrund des dargestellten schrittweisen Vorgehens bislang noch nicht berücksichtigt wurden. Das Verfahren zur Suche eines Endlagers wurde so aufgestellt, dass die einzelnen Schritte auf der wissenschaftlichen Grundlage geologischer Fakten bei gleichzeitig maximaler Transparenz durchgeführt werden und dass alle Aspekte verlässlich berücksichtigt werden.

In der Sitzung der CDU-Landesgruppe am Montagabend war der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Karsten Möring MdB (Köln) zu Gast und machte deutlich: „Transparenz und Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger sind die entscheidenden Faktoren für eine erfolgreiche Endlagersuche. Das garantiert das jetzige Verfahren. Die Sorgen der Menschen vor Ort nehmen wir sehr ernst. Deshalb rufen wir nachdrücklich dazu auf, sich an der öffentlichen Diskussion zu beteiligen. Die von den verschiedenen Akteuren angebotenen Informationsmaterialien können sicherlich auch zu mehr Verständnis für den Auswahlprozess führen. Unsere Gesellschaft hat sich mit einer breiten Mehrheit für den Ausstieg aus der Kernenergie entschlossen, daher müssen wir auch die Endlagersuche in einem gesamtgesellschaftlichen Konsens angehen.“

Die nächste Bürgersprechstunde findet am 15. Oktober von 16:30 Uhr-18:30 Uhr statt. Um Anmeldung unter 07142-918991 wird gebeten.